

Seitungsgebühr
 Vierteljahr 2.00, halbes
 3.00, ein Jahr 5.00, und
 Ausland 6.00. Bestellungen
 werden durch den Postboten
 oder durch die Postämter
 in allen Provinzen.
 Die Druckerei des Verlags
 ist in Dresden, Neumarkt
 10. Die Druckerei des
 Verlags ist in Dresden,
 Neumarkt 10.

Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.
 Chocoladen, Cacaos, Desserts.
 Einzelverkauf Altmarkt 2.

Julius Schädlich
 Am Nees 16, part. u. L. G.

 Beleuchtungsgegenstände
 für Gas, elektr. Licht,
 Petroleum, Kerzen.

41. Jahrgang.

Dresden, 1896.

WEIN-Handlung
 -Stuben-
 Portikus a. d. Markthalle
Max Kunath,
 Wallstr. 8.

C. HESSE * ALTMARKT
 Königlich Hoflieferant
 Größtes Spezialgeschäft für weibl. Handarbeiten.
 Hervorragende Neuheiten der Saison.
 Garulric Brautkleider in allen Preislagen.
 Reichste Auswahl aller Taplaceerle-Materialien.

Modernste Wiener
Corsets
 Heinrich Planl,
 Hoflieferant
 Wallstr. 25.
 aus dem berühmten Nieder-Atelier „Palerma“ in Wien

Tuchwaren. fl. Palatol, Rock- und Hosenstoffe in deutschen und englischen soliden **Pörschel & Schneider,** Fabrikaten. Billard-, Pelz- u. Turntüche. Reinwoll, Tyrolerloden **Scheffelstrasse 19.**

Nr. 326. Spiel: Die national-soziale Partei. Hofnachrichten. Krankentransportwagen. Binnerweibe. Fahr- Mathematische Wetterung: Mittwoch, 25. Novbr. und-Fabrikation. Rührei-Ausstellung. Rammernulabend. Vogen-Niederabend. „Ringel“.

Für den Monat Dezember

werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu 90 Pfennigen, für auswärtig bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den k. k. Postämtern zu 85 Kreuzern angenommen.
Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.

Politisches.

Die Christlich-Sozialen Raumann'scher Tendenz sind in Erfurt zu einem Kongress zusammengesetzt. Einen Namen haben sie sich bereits gegeben: National-Soziale; es bedarf nun noch eines Programms und einer Organisation. Welches soll jetzt zu Stande gebracht werden: aber ob eine lebensfähige Partei, die mit Erfolg in Wettbewerb mit den alten besterzten und angeblich abgelebten Parteien treten kann, zu Stande kommen wird, erscheint mehr als fraglich, wenn man sich die Führer, denen zunächst noch die Gefolgschaft fehlt, und die Auffassungen, die sie vertreten, etwas näher ansieht. Es wäre Unrecht, verkennen zu wollen, daß dieser Kongress Männer von hervorragenden Talenten und ausgezeichnete rednerische Befähigung aufzuweisen hat. Männer mit Begeisterung und opferwilliger Hingabe, an deren ethischer Abicht und lauterer Gesinnung keinen Augenblick gezweifelt werden soll. Aber was durchweg vermisst wird, ist die realpolitische Begabung, die Fähigkeit, praktische Politik zu treiben. Die Raumann und Genossen sind vorwiegend reine Doktriner, die von wiesentlichen Abstraktionen und Prinzipien ausgehen, welche keine Anwendung auf die Wirklichkeit zulassen, weil sie nicht auf dem Boden der geschichtlichen Tatsachen erwachsen sind. Dazu gesellen sich zum Theil unklare und unrette Bestrebungen und eine unverdante nationalökonomische Halbgebildung, die um so gefährlicher wird, weil sie mit einer weidherzigen Sentimentalität verknüpft ist, die eine nüchterne Abwägung der realen Faktoren, von denen die praktische Politik abhängt, verhindert. Daher tragen die zahlreich vorliegenden Programmstücke einen akademisch-theoretischen Charakter, und vergeblich sucht man nach irgend einem bedeutamen handgreiflichen Vorschlag, der die Brücke bilden könnte, um die neue Partei wirklich werden zu lassen. Es fehlt ferner auch an der geschlossenen Einheitslichkeit der Ueberzeugungen und Bestrebungen; am liebsten möchte jeder der Führer seinen persönlichen Ansichten programmatische Geltung verschaffen. „Unsere Freunde“, sagte kürzlich Raumann, „überschätzen uns mit Rathschlägen; jeder möchte seine Ideen in's Programm hineintragen.“ Es glebt unter den National-Sozialen Blüthelien und Antilemten. Während ein großer Theil der Führer von der Judenfrage überhaupt nichts wissen will, fordern Einige die Schaffung eines Fremdenrechts für alle in Deutschland wohnenden Angehörigen fremder Nationen (Juden, Italiener, Polen). Professor Sohn und Pastor Raumann haben sich auf dem Kongress sehr entschieden gegen jeden Antisemitismus ausgesprochen. Sohn bekannte, daß er keinen Juden von der Partei ausschließen wolle, wenn er sich mit deren Grundbegriff einverstanden erkläre, und Raumann meinte, daß durch Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden nicht das Mindeste erreicht werden würde. Die Einen wollen, daß die neue Partei konfessionell sei; die Andern wollen das Gegentheil. Manche betonen ihren positiv-christlichen Standpunkt, Andere fordern, daß aus der Landeskirche ausgetreten und eine neue dogmenfreie Kirche auf Grund des Evangeliums von Jesus Christus aufgebaut werde. Daher ist es kein Wunder, daß unter den Anhängern der neuen Partei die Befürchtung nicht abgewehrt werden kann, der Erfurter Kongress werde etwas Brauchbares nicht zu Tage fördern. Das Raumann'sche Organ, die „Zeit“, giebt dieser Befürchtung Ausdruck, indem sie schreibt: „Viele bangen, man werde zu hastig vorgehen, man werde zu radikal sein und manche Freunde der Sache vor den Kopf stoßen. Viele wieder befürchten, man werde zu langsam, zu schonend vorgehen, nicht wagen in's Weidpennel zu greifen. Noch Andere endlich prophezeien ein detestables Auseinandergehen der Geister, daß eine gemeinsame Arbeit unmöglich sei.“ Und Raumann selbst hat es in seiner Begrüßungsansprache für notwendig gehalten, nachdrücklich davor zu warnen, daß die Arbeit mit allgemeinen Reden und großen Versammlungen mit totemdend Besatz gethan sei; man dürfe nicht in Verbalismus, in Wortmacherei hängen bleiben, vor Allem sei ein Eingehen in das Kleine, in das nüchterne Detail, eine zähe unermüdbare Fleißarbeit nöthig. Ob oder gerade Raumann und seine Anhänger, diese unpraktischen Ideologen und Doktriner, im Stande sind, diese unermüdbare Fleißarbeit im Agitiren und Organisiren zu verrichten, muß stark bezweifelt werden.

Der Name „National-Sozial“ ist keineswegs geeignet, das Wesen der neuen Partei kurz und treffend zu charakterisiren. National sind auch andere Parteien, und unter den nationalen

Vorderungen, die Raumann aufgestellt hat, findet sich nicht eine einzige, die nicht auch anderwärts mit gleicher Energie vertreten wird. Wenn es den National-Sozialen in der Hauptsache auf den nationalen Theil ihres Programms ankäme, dann wäre ihre Neu-Gründung vollkommen überflüssig. So wenig in die nationale Gesinnung der Parteimitglieder ein Zweifel gesetzt werden soll, so kann man sich doch des Eindrucks nicht erwehren, daß das Nationale nur das Kleinstmögliche ist, durch welches Anhänger aus den übrigen Parteien angelockt werden sollen, für das kämpfen zu helfen, um dessen willen die ganze Gründung bewerkstelligt worden ist. Das Schwergewicht liegt in dem sozialistischen Theil des Raumann'schen Programms. Ganz steht noch nicht fest, in welcher Fassung der vorliegende Entwurf aus den Verhandlungen hervorgehen wird, aber schon heute ist zweifellos, daß die neue Partei im Wesentlichen nichts Anderes sein will als eine Klassenpartei, eine Partei des vierten Standes. Ausschließlich für die Interessen des vierten Standes wollen Raumann und seine Freunde arbeiten, und vornehmlich die Gebildeten aus den übrigen Ständen sollen dabei mitwirken. Die Gebildeten sollen gewonnen werden, um vermöge ihres Einflusses die Politik zu Gunsten der Massen zu bestimmen. „Die Gebildeten“, sagte Pastor Raumann in seinem Referat über das Programm, „würden der neuen Partei erst die erforderliche geistige Qualität verleihen. Deshalb müssen wir die Gebildeten mit aller Freundschaft aufnehmen.“ Deutlicher hat noch der Redakteur der „Zeit“, v. Gerlach, den nächsten Interessenspunkt des vierten Standes betont, indem er erklärte, die neue Partei müsse „wohl gegen die Industriearbeiter wie gegen die okeiblichen Junker Front machen, weil sie nur die Interessen des vierten Standes zu wahren habe. Weiter bemerkte derselbe Redner: Wenn er auch das Privatguthum nicht von heute auf morgen aufheben wolle, so wolle er doch diese Wirtschaftsordnung nicht für alle Zeiten festgelegt wissen. So oder ähnlich könnte sich auch ein Apokalypse des revolutionären Sozialismus äußern. Herr Raumann selbst hat wie früher so auch jetzt auf dem Kongress sein Wohl daraus gemacht, daß seine neue Partei eine Schwesterpartei der Sozialdemokratie sein will. „Wenn es sich darum handelt“, sagte er am Montag in Erfurt, „in praktischen Fragen für die Arbeiter etwas zu erreichen, dann werden wir mit den Sozialdemokraten Schulter an Schulter kämpfen, dann wollen wir vergessen, was von den Sozialdemokraten trennt. Ja, ich scheue mich nicht, es auszusprechen, wenn es sich um die Erreichung praktischer sozialpolitischer Dinge handelt, dann ist und bleibt die Sozialdemokratie unser natürlicher Feind.“ Der Bericht verzeichnet bei dieser Stelle Beifall! Wer aber wie Raumann die Sozialdemokratie als berechtigt anerkennt, bekennt, daß er Schulter an Schulter mit ihr kämpfen will, der darf sich nicht wundern, wenn keine angebliche nationale Gesinnung als werthlos angesehen wird. Wer die Bestrebungen der Sozialdemokratie, der Todfeinde der Monarchie, unserer Nation und unseres Vaterlandes, unterstützt, der muß selbst als Feind des staatsbehaltenden, monarchisch-nationalen Gedankens bekämpft werden.

Der Kongress der National-Sozialen tagt in Erfurt in demselben Saale, in welchem vor fünf Jahren die Sozialdemokratie ihren Parteitag abhielt. Heute wie damals wird dieselbe Arbeit verrichtet; die Revolutionierung der Geister, nur mit dem Unterschied, daß die Sozialdemokratie dies auf direktem Wege, ihre Bundesgenossen auf Umwegen zu erreichen suchen. Das sozialdemokratische Centralorgan hat dabei vollkommen recht, wenn es sich wegen der national-sozialen Propaganda keine grauen Haare wachsen läßt. „Wir wünschen“, meint der „Vorwärts“, „den Leuten aufrichtig alles Gute. Uns werden sie auch nicht einen einzigen Mann abnehmen; dagegen werden sie uns in manchen Kreisen, in die wir mit unserem Flügel heute noch nicht herein können, für unsere Saat die Furchen ziehen, aber wir werden gar in die angenehme Lage kommen, zu ernten, wo sie gesät haben! ... Darum wünschen wir den Leuten alles Glück und geben ihnen unsern Segen.“

Bernhardreis- und Fernsprech-Berichte vom 24. Novbr.
 * London. Die Abendblätter melden, Dr. Jameson werde wahrscheinlich binnen wenigen Tagen wegen seines Gesundheitszustandes freigelassen werden.
 Berlin. Reichstag. Vor leerem Saale wird die Beratung der Justiznovelle bei 8 1/2 und des dazu vorliegenden Antrages von Buchta fortgesetzt. Dieser Antrag will den von der Kommission beschlossenen Zusatz wieder beseitigen, welcher die Staatsanwaltschaft ermächtigt, in leichteren Fällen von Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Bedrohung mit einem Verbrechen, strafbarem Eigenthum und Sachbeschädigung, die Erhebung der Anklage abzulehnen. — Abg. Stadthagen (Soz.) ist für den Antrag v. Buchta. Man lese an die Stelle der Justiz die Willkür, wofür man dem Staatsanwalt gestatte, nach seinem Ermessen wegen mangelnden öffentlichen Interesses die Anklageerhebung abzulehnen. Schon jetzt ist es oft genug passiert, daß der Staatsanwalt sich weigert, die Anklage zu erheben, wenn etwa ein Arbeiter sich wegen Mißhandlung seines Kindes durch den Lehrer an ihn wende; wende sich aber der Arbeiter an die Presse und es laufe dabei auch nur die geringste Unrichtigkeit unter, gleich regne es Anklagen gegen den Redakteur und den Arbeiter, denn für den Schutz des Lehrers liege natürlich immer ein dringendes öffentliches Interesse vor. — Geh. Rath Lukas stellt entschieden in Abrede, daß die Entscheidung des Staatsanwalts, wenn dieser die in Rede stehende Verfügung erhalte, nach Willkür erfolge. Ueberdies stehe, wenn der Staatsanwalt die Verfolgung einer Sache ablehne, immer noch der Weg der Privatklage offen. — Abg. v. Salisch (kon.) ist für den Antrag v. Buchta. Ein Staatsanwalt

werde, sobald er eine Anklage ablehne, doch immer dem Beobachte ausgeliefert sein, partiell zu verfahren, und das werde nur der Vergebung weiteeren Vorbehalt leisten. — Abg. v. Gillingen (Nichtsoz.) bedauert, daß überhaupt das Entstehen der Privatklage in Strafsachen in diesem Geleise eine Erweiterung erleide. Man hätte die Zahl der Antrags-Vergehen lieber verringern sollen, denn bei den vielen Gegengründen und erbiteten Streitigkeiten von Justiztagen sei es besser, daß die Entscheidung über Anklageerhebung bei einem Organe sei, was über den Parteien steht. Wer zur Privatklage greifen müsse, dem schließe außerdem alle die Hilfsorgane über welche der Staatsanwalt für seine Ermittlungen verfüge. Neben erklärt sich demgemäß für den Antrag v. Buchta. — Staatssekretär v. Meibering: Der vorliegende Paragraph geht nicht zu denjenigen Bestimmungen, deren Annahme oder Nichtannahme über das Zustandekommen des ganzen Gesetzes entscheidet, er bedeutet aber doch einen Fortschritt. Man habe die Staatsanwaltschaft in der Vergangenheit wiederholt des zu eintigen Eingetretens in vielen Fällen bezichtigt; aber dieser Vorwurf trifft weniger die Staatsanwälte, als das Geleise. Der gute deutsche Mann neige etwas dazu, auch bei geringfügigen Vergehen die Klage zu verlangen und da sei es doch besser, damit nicht die Staatsanwaltschaft zu beschäftigen. Möge der Antrag sich selbst mit dem Gelehrer abfinden. — Abg. Brodmann (Cent.) ist für den Beschluß der Kommission. Lehnte der Staatsanwalt die Erhebung der Anklage ab, so werde sehr oft die Folge davon sein, daß eine Privatklage gar nicht erst erhoben werde, oder daß, wenn sie erhoben werde, es den Richter gelinge, eine Verurteilung der Parteien herbeizuführen. — Auf Antrag des Abg. Biebel (ni.) erwidert Geh. Rath Lukas: Schon bisher habe das Reichsgericht Privatklagen und Strafantrag nicht für identisch erklärt und es habe daher die Zurückziehung der Privatklage nicht ohne Weiteres die Zurückziehung auch des Strafantrags nach sich gezogen, und so werde es auch künftig bleiben. — Der Antrag v. Buchta wird abgelehnt. Der von der Kommission beschlossene Zusatz bleibt also unangetastet. — In § 211, wonach eine Hauptverhandlung zu vertragen ist, wenn sich in derselben die Sache als noch nicht spruchreif erwies, wird ein Antrag des Abg. Schmidt-Warburg, daß alsdann spätestens zwei Tage vor dem neuen Termin dem Angeklagten eine Anklageschrift mitgeteilt werde, angenommen. — § 212 läßt bei Uebertretungen die Verhandlung ohne Einziehung von Schöffen zu, wenn der Angeklagte sich schuldig bekennt. Hier wird auf einen Antrag v. Strombeck (Cent.) beschloffen: es soll nicht bios bei Uebertretungen, sondern auch bei Vergehen ohne die Schöffen verhandelt werden dürfen, wenn der Angeklagte auf deren Einziehung verzichtet und geständig ist. — In § 224 findet ein Antrag v. Strombeck Annahme, wonach der Staatsanwalt nicht nur auf Grund neu hervorgetretener Umstände, sondern auch ohne diese Voraussetzung jeder Zeit vor einer Hauptverhandlung zu Gunsten des Angeklagten die Wiedereröffnung des Eröffnungsbeschlusses voll beantragen dürfe. — Weiterberatung morgen 1 Uhr.

Berlin. Im Reichstag soll nach der zweiten Beratung der Justiznovelle und nach Erledigung der sozialdemokratischen Interventionen, betreffend die Versteuerung der Kommunitarier im Königreiche Sachsen, die Leistung des Etats erfolgen, damit die Budget-Kommission ihre Arbeiten beginnen kann. Demnach soll die Novelle zu den Unfallversicherungsangelegenheiten und zu dem Gesetz über die Postdampfschiffahrt-Verbindung mit überseeischen Ländern zur Verhandlung kommen, alsdann die Justiznovelle zur dritten Beratung gestellt werden. Die Weihnachtstferien sollen ebenfalls wie die des Abgeordnetenhauses vom 18. Dezember bis 8. Januar dauern. — Das Abgeordnete Haus überwiegt heute sowohl die Vorlage wegen der Verstaatlichung der hessischen Ludwigsbahn, sowie die Konversionsvorlage an die Budget-Kommission zur Vorbereitung. In der Debatte über die letztere Vorlage erklärten sich sämtliche Redner für die Verstaatlichung der Ludwigsbahn. Graf Lumburg-Strom gab u. A. der Öffnung Ausdruck, daß wie dies auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, die vom Fürsten Bismarck eingeschlagenen Bahnen wieder betreten werden möchten. Für die Konversions-Vorlage sprachen fast sämtliche Redner, nur Abg. Wallen wachte sich Namens eines kleinen Theils der Konservativen gegen die Konvertierung, durch welche zahlreiche kleine Leute, die ihre Ersparnisse in Kontos angelegt haben, geschädigt würden.

Berlin. Die Königsberger Darstellung der Zeitung will das Beispiel der „Frankf. Zig.“ nachahmen, die eine Denunziation bei dem Staatsanwalt gegen die „Hamb. Nachr.“ wegen Verleumdung von Staatsgeheimnissen, der durch den Reichsanwalt beantragt ist, eingereicht hat. — In Sachen Witte-Stöcker bezeugte Redakteur v. Gerlach: Die Thatfache, daß Landgerichtsdirektor Vitz u. A. auf Gebührensrichtung gekommen ist, ist ihm schon vor Jahren u. A. auch, wie er sich bestimmt zu erinnern glaube, durch Hofrediger Stöcker mitgeteilt worden. — Die Hauptverhandlung gegen den Journalisten Heinrich Ledert und Genossen findet am 2. Dezember vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts statt. Genossen sind u. A. Prinz Alexander Hohenzollern-Schillingsfürst, Sohn des Reichskanzlers, und der Staatssekretär Greber v. Marschall. — Nach den im kaiserlich-königlichen Amte zusammengestellten Nachrichten über den Stand der Herbstarbeiten im Deutschen Reich ergeben sich folgende Daten: Winterweizen 2,6, Winterweiz 2,6, Winterroggen 2,4, junger Riee, auch Luzern, 2,5. Für das Königreich Sachsen stellen sich die Zahlen wie folgt: Weizen 1,9, Roggen 2, junger Riee 1,8. Der Getreideertrag wird geschätzt im Deutschen Reich: Oeler 1,6, Kartoffeln 10,5, Riee auch Luzern, 4,2, Weizen 3, Doppelpentee per Hektar. Im Königreiche Sachsen: Oeler 2,1, Kartoffeln 11,5, Riee 4,3, Weizen 4,2, Doppelpentee per Hektar. — Nachdem unter den Schwelmen des hiesigen Viehhofes Klauenentzünde in erheblichem Umfange festgestellt worden ist, wird von Morgen ab bis auf Weiteres die Anklage von Schweinen vom hiesigen Viehhof nur nach solchen Orten gestattet, welche öffentliche Schlachthäuser besitzen und deren Volksethebden sich mit der Durchführung der Diene ein für allemal ohne vorherige Anfrage ausdrücklich einverstanden erklärt haben.

Hamburg. Die Gemeindevorstellung beschloß gestern Abend, daß nichteingemessene Seelste nicht einzuweisen seien, um Schauermanns-Arbeiten zu verrichten. Es wurde ein Ausschuss gewählt, um den Andern die neuen Forderungen der Seelste zu unterbreiten. Der Betrieb findet heute in größerem Maße statt als gestern. Die Schauermanns-Arbeiten sind bedeutend vermindert und vermindert jeden Verkehr der Ausführenden mit den zur Arbeit sich meldenden Arbeitern. — Die Hamburg-Amerika-Linie kaufte ihren Kisten, ihre Güter über Bremen, Antwerpen und Rotterdam zur Verladung zu bringen.

Triumph-Seife
 für Toilette- und Hausgebrauch